



PRO-ASYL-AKTIVISTIN WOLLTE SICH TRENNEN

Finnland: Abgelehnter Asyl-Pali tötet junge Finnin

In der südfinnischen Stadt Hämeenlinna alarmierten in der Nacht auf Dienstag Nachbarn der jungen Finnin Sanni Ovsaka die Polizei, weil eine große Menge Blut unter der Eingangstür zur Wohnung der Frau hervorfloss. Nur wenige Medien berichten über den Fall, offenbar ist man bemüht die grausame Tat zu vertuschen. Bisher ist lediglich bekannt, dass es sich bei dem Täter um Hasan Alqina, einen abgelehnten palästinensischen Asylforderer handeln soll.

Laut [MTV-Finnland](#) hat der Täter sich nach der Tat selbst gerichtet. Unbestätigten Quellen zufolge soll die junge Frau geköpft worden sein, wofür auch die Menge an Blut spricht, das bis in den Flur des Treppenhauses floss.

Alqina soll 2015 nach Finnland gekommen sein. Der Bodybilder soll [Verbindungen zu Hamas-Sympathisanten](#) gehabt haben.

Das Opfer hatte wohl eine Beziehung mit dem Moslem und wollte sich trennen. Sanni Ovsaka soll eine [Pro-Asyl-Aktivistin](#) mit Hass auf weiße Männer gewesen sein, was die Tat allerdings nicht weniger grausam macht.

In den vergangenen Jahren wurde Finnland immer wieder von

ähnlich gelagerten Fällen heimgesucht, meistens läuft es wie in diesem Fall. Es wird kaum berichtet und die Auskünfte der Polizei sind mehr als dürftig. Angeblich soll es Anfang kommender Woche mehr Informationen geben. (lsg)



Finnland: Schwert-Attacke in Schule – ein Toter, mehrere Verletzte

Bei einer Gewalttat mit einer Stichwaffe in einer finnischen Berufsschule ist ein Mensch getötet worden. Zehn weitere Personen wurden in Kuopio nach Angaben der Polizei und der Universitätsklinik der Stadt verletzt, zwei davon schwer. Unter den Verletzten befanden sich ein Polizist und auch der mutmaßliche Täter. Bei ihm handelte es sich demnach um einen gebürtigen Finnen – was auch immer das heißen mag. Die Hintergründe der Tat waren zunächst ebenso unklar wie das Motiv.

Der Angreifer soll laut Augenzeugenberichten mit einem Schwert in einen Klassenraum der Schule eingedrungen sein. Die Polizei bestätigte zunächst lediglich, dass es sich um eine Waffe mit einer Klinge gehandelt habe. Der Täter hatte zudem eine Schusswaffe bei sich. Die Polizei nahm ihn fest. Ministerpräsident Antti Rinne verurteilte die Tat.

Die Berufsschule bestätigte, dass es einen schweren Vorfall in ihren Räumen gegeben habe. Sie gab allerdings zunächst keine weiteren Informationen dazu bekannt. Die Räumlichkeiten befinden sich nach Angaben der Polizei im Gebäudekomplex eines Einkaufszentrums, das abgesperrt wurde – rund vier Kilometer südwestlich von Kuopio. Die Beamten hätten Gebrauch von der Schusswaffe gemacht, Gefahr für Außenstehende bestehe nun nicht mehr, erklärte die Polizei am Nachmittag.

Kuopio liegt rund 340 Kilometer nördlich von Helsinki. Die Stadt hat knapp 120.000 Einwohner und ist damit die größte im östlichen Teil Finnlands. In Deutschland ist Kuopio vor allem als Wintersportort bekannt.

Finnland hat in den vergangenen Jahren mehrere gewalttätige Angriffe erlebt, darunter häufiger an Schulen. 2013 hatte ein 16-Jähriger in einer Berufsschule in Oulu drei Mitschülerinnen und einen Hausmeister mit einem Messer schwer verletzt. Ebenfalls an einer Berufsschule waren im Jahr 2008 in der Kleinstadt Kauhajoki zehn Menschen von einem 22-Jährigen erschossen worden. Ein Jahr zuvor hatte ein 18 Jahre alter finnischer Schüler acht Menschen in einer Schule in Jokela mit Schüssen getötet. (dpa)



Fußfesseln gegen das Untertauchen der „Geflüchteten“

Von CHEVROLET | Asylantrag abgelehnt? Das heißt bekanntermaßen in Deutschland rein gar nichts. Erst mal wird dann, dank der gutmenschlichen Flüchtlingshelfer der Rechtsweg gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeschlagen, die das auch noch finanzieren darf. Auch da nicht weitergekommen, weil es einfach keinen Grund gibt für den „Flüchtling“ hier Schutz zu bekommen? Macht nichts. Man bleibt trotzdem, geduldet oder auch nicht, Milch, Honig und Geld fließen weiter.

Letzte Konsequenz Abschiebung ins Heimatland. Auch das ist selten, da gibt es genügend Möglichkeiten das zu verhindern. Vielleicht zwitschert ein Vögelchen ja dem rauszuwerfenden „Flüchtling“, wann die Abfindung stattfindet, wenn man es nicht vorher per Post erfahren hat. Also abtauchen, stillhalten und warten bis wieder Ruhe einkehrt. Und die nächsten Jahre die Vollversorgung genießen.

Nicht nur Deutschland hat dieses Problem mit dem „Geflüchteten“, die nicht wieder nach Hause wollen, weil sie dort selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen müssten. Auch zum Beispiel Finnland ist davon betroffen. Wie also diejenigen im Blick behalten, die eigentlich nichts mehr im Land verloren haben?

Die finnische Regierung hat jetzt Pläne bestätigt, die Abgelehnten mit elektronischen Fußfesseln zu überwachen. Damit müssten die Goldstücke nicht inhaftiert werden. Das berichtet die Zeitung [„Helsingin Sanomat“](#).

Nach Angaben der in der Hauptstadt Helsinki erscheinenden Zeitung sollen jedoch nicht alle Abgelehnten eine solche Fußfessel erhalten, die den aktuellen Standort des Träger an

die Behörden übermittelt, sondern es soll im Einzelfall geprüft werden.

Eine weitere Frage betrifft „minderjährige Flüchtlinge“, die als „Jugendliche“, die vor ihren Eltern „flüchten“ geschickt werden, um später die restliche Sippe nachzuholen. Hierfür gelten in Finnland strengere Regeln.

Wünschenswert wäre, dass man auch in Deutschland die elektronische Fußfessel für diese Zwecke nutzt.

Qualifizierte Türken verlassen Deutschland



Der [Spiegel](#) zeigt auf, dass Deutschland in Bezug auf die Türkei einen negativen Wanderungssaldo hat. Das läge, wie SpOn von der dazu befragten Emine Sahin (Foto) seinen Lesern mitteilen lässt, vor allem daran, dass nicht alle (Deutschen) begriffen hätten, welches Potential von gut ausgebildeten „Deutsch-Türken“ ausgeht. Mag sein, aber leider haben weder Spiegel-Redaktion noch Sahin die wahre Ursache begriffen.

Und so denken beide haarscharf an dieser vorbei:

Oft sind es Geschichten gut ausgebildeter, gut integrierter

Deutsch-Türken. Die große Mehrheit der Auswanderer sind junge Akademiker, die Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen den Rücken kehren. Etwa 40.000 Türken und türkischstämmige Deutsche gingen im vergangenen Jahr zurück in das Land ihrer Väter, das sind 10.000 mehr als umgekehrt in die Bundesrepublik kamen. Der Trend der Zuwanderung hat sich damit eindeutig gewendet.

Die Zusammenhänge, wie sie uns Sahin nahe legt, sind nicht dazu angetan, das Problem umfassend zu analysieren.

Sahin sagt, sie sei in Deutschland nie wegen ihres Namens oder ihrer Herkunft diskriminiert worden, aber vieles sei dort klein geistiger und weniger dynamisch als im Boomland Türkei. „Noch haben nicht alle begriffen, welches Potential von den gut ausgebildeten Deutsch-Türken ausgeht. Wer zwischen zwei Welten wandert, kommt besser mit der Globalisierung zurecht. Die Deutschen müssten eigentlich angeben mit uns.“

Es wäre für diesen Artikel bestimmt Anlass gegeben, wenn bei den Qualifizierten mit türkischen Wurzeln im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung der Abwanderungsgedanke besonders hoch ist. Doch leider schweigt sich der Spiegel hierzu aus. Daher scheint es, dass sich die Problematik und deren Ursachen eher dadurch erschließt, wenn man einer Spur nachgeht, die sich in diesem Artikel nur andeutet:

„Ich bin kein Deutschländer“

In Deutschland ausgebildete Akademiker haben hervorragende Chancen auf dem türkischen Arbeitsmarkt. Weniger qualifizierte Deutsch-Türken aber bleiben lieber in Deutschland, denn in der Türkei müssen sie mit Hunderttausenden Billiglöhnen konkurrieren. Wer trotzdem kommt, gibt sich mit Gelegenheitsjobs zufrieden oder arbeitet schwarz. Gerade mal 729 türkische Lira, umgerechnet 380 Euro,

beträgt der Mindestlohn in der Türkei, die Arbeitslosenhilfe liegt bei etwa 170 Euro, Sozialhilfe gibt es nicht.

Das Problem ist, dass [alle Qualifizierten abwandern](#), weil im Ausland nicht so viel ihrer Wirtschaftskraft abgeschöpft wird. Und diese Tendenz wird sich verschärfen, wenn die Zuwanderung in die Sozialsysteme anhält und ein überbordender Sozialstaat zu unerträglichen Lasten für die Leistungserbringer führt. Oder zunehmend: für die als Leistungserbringer einmal Eingeplanten. Professor Heinsohn weist, anders als der Spiegel, in der [FAZ](#) auf die wahren Zusammenhänge hin:

Womöglich auch deshalb äußerten 2007 rund 87 Prozent der hiesigen Hochschulabsolventen den Wunsch, in anderen Ländern Karriere zu machen. Von hundert Nachwuchskräften, die das Land benötigt, werden fünfunddreißig nie geboren, wandern zehn aus und schaffen fünfzehn keine Berufsausbildung. Da können die Emigrationsphantasien der verbleibenden vierzig nicht überraschen.

Die Welt kennt fünf Ränge der Sozialpolitik. Unten stehen rund 160 Nationen ohne Hilfe für soziale Notlagen. Konkurrenten wie China und Indien gehören dazu. Darüber rangieren die Vereinigten Staaten. Sie geben ihren Bürgern ein Fünfjahreskonto, mit dem diese sparsam umgehen, um bei Notlagen Halt zu finden. Vorher weichen sie auf Ersparnisse, Verwandte oder schlecht bezahlte Arbeit aus. Auf dem dritten Platz liegt ein rundes Dutzend Nationen, in denen zwar lebenslänglich Sozialhilfe gewährt wird, diese aber knapp ausfällt wie in Italien und England. Auf dem zweithöchsten Rang findet sich ein weiteres Dutzend Nationen. Auch sie zahlen lebenslänglich und dazu relativ großzügig aus, wobei Norwegen, Finnland und die Schweiz an der Spitze liegen. Den ersten Rang belegt Deutschland allein.

Deutschland verschreckt Hochqualifizierte



Hochqualifizierte Einwanderer kommen nicht nach Deutschland, denn sie haben keine Lust, mehr als die Hälfte ihres Einkommens wegversteuert und -sozialversichert zu bekommen. Eine HartzIV-Mutter kostet bis zum fünfzigsten Lebensjahr 415.000 Euro, also die Steuern von zwei Vollerwerbstätigen. Mit solchen provokanten Äußerungen wartet der Sozialwissenschaftler Gunnar Heinsohn (Foto) in der FAZ auf.

Heinsohn [schreibt](#):

Der wahre Reichtum der Nationen besteht in der Intelligenz ihrer Bevölkerung. Hierzulande sorgen Sozial- und Einwanderungspolitik jedoch dafür, dass wir auf Dauer verarmen werden. Denn Talente aus dem Ausland werden dorthin gehen, wo sie nicht mehr als die Hälfte ihres Einkommens versteuern müssen.

Die Tüchtigen Deutschlands, die viele Millionen Bildungsferne und ihren stetig zunehmenden Nachwuchs versorgen, dürfen Stolz empfinden. Denn dieses Land hat nur selten Fremde beschützt oder gar befreit. Eine Billion Euro Sonderschulden

aber hatte Deutschland bereits 2007 für Migranten, die mehr aus den Hilfesystemen entnehmen, als sie aufgrund schlechter Schulleistungen und anderer Handicaps in sie einzahlen können. Auf jeden der 25 Millionen vollerbstätigen Nettosteuerzahler fallen allein für diese historisch einmalige Aufgabe 40.000 Euro Schulden.

(...)

Womöglich auch deshalb äußerten 2007 rund 87 Prozent der hiesigen Hochschulabsolventen den Wunsch, in anderen Ländern Karriere zu machen. Von hundert Nachwuchskräften, die das Land benötigt, werden fünfunddreißig nie geboren, wandern zehn aus und schaffen fünfzehn keine Berufsausbildung. Da können die Emigrationsphantasien der verbleibenden vierzig nicht überraschen.

Die Welt kennt fünf Ränge der Sozialpolitik. Unten stehen rund 160 Nationen ohne Hilfe für soziale Notlagen. Konkurrenten wie China und Indien gehören dazu. Darüber rangieren die Vereinigten Staaten. Sie geben ihren Bürgern ein Fünfjahreskonto, mit dem diese sparsam umgehen, um bei Notlagen Halt zu finden. Vorher weichen sie auf Ersparnisse, Verwandte oder schlecht bezahlte Arbeit aus. Auf dem dritten Platz liegt ein rundes Dutzend Nationen, in denen zwar lebenslänglich Sozialhilfe gewährt wird, diese aber knapp ausfällt wie in Italien und England. Auf dem zweithöchsten Rang findet sich ein weiteres Dutzend Nationen. Auch sie zahlen lebenslänglich und dazu relativ großzügig aus, wobei Norwegen, Finnland und die Schweiz an der Spitze liegen. Den ersten Rang belegt Deutschland allein.

(...)

Die 160.000 Auswanderer, die Deutschland jährlich verlassen, nehmen 80.000 Hartz-IV-Müttern mit jeweils zwei Kindern den Versorger. Denn eine solche Mutter kostet bis zum fünfzigsten Lebensjahr 415.000 Euro, also die Steuern von zwei Vollerwerbstätigen. Zusätzlich hinterlassen diese 160.000 Nettosteuerzahler etwa 40 Milliarden Euro offizielle Staatsschulden. Nur private Schulden emigrieren mit, während

die Verpflichtungen als Passinhaber an die Zurückbleibenden sowie an Einwanderer übergehen.

Wer jährlich 160.000 qualifizierte Einwanderer gewinnen will, darf sie nicht mit 80.000 Hartz-IV-Familien und 40 Milliarden Euro Schulden verschrecken. Jede andere hochentwickelte Nation ohne solche Lasten wird sonst vorgezogen.

(...)

Nur solche Einwanderer sind eine Hilfe, deren Leistungsprofil über dem aktuellen Durchschnitt der aufnehmenden Nation liegt. Die aufnehmenden Länder wissen längst, dass solche Neuankömmlinge sich zu helfen wissen und ihren neuen Mitbürgern nicht auf der Tasche liegen oder von hochbezahlten Integrationsarbeitern begleitet werden müssen.

(...)

Nirgendwo hingegen liegen Migrantenkinder tiefer unter dem einheimischen Leistungsniveau als in Deutschland. Das liegt nicht an ihrer Fremdheit und Anderssprachigkeit, sondern an den schlechten Noten ihrer Eltern bereits in der Heimat. Es geht also gar nicht um „Ausländerprobleme“. Die wirklichen Probleme sind selbst mit Integrationsmilliarden nicht schnell heilbar. Exzellenzstudenten leben nun einmal nicht mit Schulabbrechern gleicher Sprache, Religion und Hautfarbe zusammen. Das unterbleibt in Istanbul genauso wie in Berlin.

Nichtsdestotrotz wollen Grüne und Linke den Staat noch schneller zugrunderichten. Sie verlangen das [Recht auf Einbürgerung](#) für unsere Migrantenhorden einkommensunabhängig zu gestalten. Schließlich sind wir ein Einwanderungsland!

(Danke an alle Spürnasen)



Iranische Delegation lehnt Buchenwaldbesuch ab



Das ist ja ganz verwunderlich! Da müssen wir in uns gehen und die Angelegenheit im Dialog lösen! Eine iranische Delegation, deren Präsident alle Juden ins Meer treiben will, hat einen Besuch des KZ Buchenwald abgelehnt. Iraner sind antisemitisch? Potzblitz, wer hätte das gedacht.

Da es sich nicht um deutsche Nazis handelt, schweigen Medien und stets um Menschenrechte besorgte gute Menschen.

Der mdr [berichtet](#):

Eine Delegation aus dem Iran hat in Weimar für einen Eklat gesorgt. Die Gruppe aus der Partnerstadt Schiraz lehnte es nach Angaben der Stadtverwaltung ab, die KZ-Gedenkstätte Buchenwald zu besichtigen. Zuvor hatten die Gäste, darunter der Bürgermeister der Stadt, Mehran Eternadi, auch schon einen Besuch am Denkmal der Dichter Goethe und Hafis abgelehnt. Der Weimarer Stadtrat sagte daraufhin ein geplantes Treffen mit der Delegation ab.

Ein Sprecher der Stadtverwaltung sagte, für Weimar seien kulturelle Beziehungen zu anderen Städten undenkbar, ohne Buchenwald einzubeziehen. In dem Konzentrationslager auf dem Ettersberg am Rand der Klassikerstadt waren von 1937 bis 1945 rund 56.000 Menschen von den Nazis ermordet worden, unter ihnen rund 11.000 Juden. Warum die iranische Delegation die Gedenkstätte nicht besichtigen wollte, teilte die Stadtverwaltung nicht mit. Man werde aber mit den Vertretern der Stadt Schiraz im Gespräch bleiben.

Ja, das „Warum“ ist wichtig. Vielleicht können wirs im Stuhlkreis besprechen.

Weimar hatte erst im vergangenen Jahr einen Freundschaftsvertrag mit der iranischen Stadt geschlossen. In Schiraz hatte im 14. Jahrhundert der Dichter Hafis gewirkt, auf den sich Goethe in seinem „West-östlichen Diwan“ bezieht. Nach dem Besuch einer Weimarer Delegation zum Vertragsabschluss im vergangenen Jahr weilt jetzt erstmals eine Gruppe aus der iranischen Stadt in Weimar. Schiraz ist die fünfte Partnerstadt Weimars nach Hämeenlinna in Finnland, Trier in Rheinland-Pfalz, Siena in Italien und Blois in Frankreich.

Man sollte einmal klären, wer so fortschrittlich war, ausgerechnet eine iranische Partnerstadt auszuwählen.

(Spürnase: Mehrdad B.)



Kein Pauschalverdacht gegen Flugreisende



Bei realistischer Betrachtung muss man zugeben, dass es wenig sinnvoll ist, alle Flugreisende im gleichen Maße als mögliche Gefährder anzusehen. Tatsächlich sind in der Gegenwart terroristische Akte ausschließlich von Anhängern des Propheten Mohammed zu befürchten. Als erstes europäisches Land zieht Finnland daraus vernünftige praktische Konsequenzen.

[Der Standard berichtet:](#)

Finnland will im Falle der Einführung von so genannten Nacktscannern nur bestimmte Fluggäste, etwa solche aus bestimmten Ländern und Angehörige bestimmter Religionen durchleuchten. Der Sicherheitschef des staatlichen Flughafenbetreibers Finavia, Jyri Vikström, sagte in der gemeinsamen Sonntagsausgabe mehrerer finnischer Tageszeitungen („Sunnuntaisuomalainen“), eine derartige Profilerstellung sei notwendig, weil aus Zeitgründen nicht alle Reisenden durchleuchtet werden könnten.

Vikström nannte in dem Interview jedoch als das seiner Meinung nach wichtigste Kriterium, ob ein Fluggast gescannt werden soll oder nicht, das Verhalten des jeweiligen Passagiers auf dem Flugplatz. Auch andere EU-Staaten wie Großbritannien hätten bereits ähnliche Überlegungen

angestellt.

Damit orientiert sich Finnland auch am Erfolgskonzept der Israelis ([PI berichtete](#)). Es ist aber nicht anzunehmen, dass Länder wie Deutschland, in denen politische Korrektheit als Staatsreligion herrscht, ebenfalls in der Lage sein werden, ihre Sicherheit durch vernunftmäßige Überlegungen herzustellen. So wird man hierzulande, obwohl jeder weiß, was Sache ist, weiterhin so tun, als ob das bayrische Mütterchen ebenso verdächtig sei wie der arabische Ingenieurstudent.

EU-Studie: Migranten häufig Opfer von Straftaten



Pünktlich zur Minarett-Abstimmung und dem leisen Beginn einer Diskussion über den Umgang mit dem Islam hat die EU mal wieder eine neue Studie hervorgewürgt, mit der die europäische Schlechtigkeit unter Beweis gestellt werden soll. Eine „EU-Grundrechteagentur“ stellt fest, dass Migranten häufiger Opfer von Straftaten werden als Einheimische, was den latenten europäischen Rassismus beweist. Wie oft Migranten als Täter und Einheimische als Opfer in Erscheinung treten, kommt in der Studie nicht vor. Auch nicht, wie oft Migranten Opfer von Migranten werden.

Die WELT [berichtet](#):

Jeder vierte Angehörige einer Minderheit in Europa ist in den vergangenen zwölf Monaten bestohlen, angegriffen oder bedroht worden. Das ergibt eine neue Studie der EU-Grundrechteagentur. Demnach sind Minderheiten weit häufiger Opfer von Straftaten als der Bevölkerungsdurchschnitt. Besonders betroffen sind Afrikaner und Roma.

(...)

Ethnische Minderheiten würden häufiger Opfer von Eigentumsdelikten, Angriffen und Bedrohungen als der Bevölkerungsdurchschnitt, so die Grundrechteagentur. Besonders häufig würden Straftaten an Afrikanern aus Ländern südlich der Sahara und an Roma begangen. In diesen Gruppen gab jeweils rund jeder dritte an, in den zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer einer Straftat geworden zu sein. Nach Angaben der Grundrechteagentur sind die Risiken für ethnische Minderheiten in der EU unterschiedlich verteilt. So gaben in Finnland drei Viertel aller Somalier an, Opfer einer Straftat geworden zu sein, in Italien fast jeder zweite Nordafrikaner.

In Deutschland werden ethnische Minderheiten mit Herkunft aus der Türkei der Ex-Jugoslawien nach Angaben der Studie vor allem beim Umgang mit sozialen Dienstleistungen als auch in Schulen diskriminiert. Sie hätten zudem deutlich häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt über Polizeikontrollen berichtet. Vor allem Minderheitsangehörige türkischer Herkunft in Deutschland hätten zudem Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt beklagt. Diese Gruppe sei zwar besser als der EU-Durchschnitt über Beschwerdemöglichkeiten bei Diskriminierungen informiert. Gleichzeitig sei aber das Gefühl, eine Beschwerde würde folgenlos bleiben, sehr weit verbreitet.

Laut Erhebung gibt es EU-weit eine hohe Dunkelziffer bei der Diskriminierung ethnischer Minderheiten. Unter neun aufgeführten Bereichen des täglichen Lebens seien Benachteiligungen am Arbeitsplatz besonders häufig. Am wenigsten diskriminiert würden Minderheiten auf dem

Wohnungsmarkt. Besonders hohe Quoten hätten Roma in der Tschechischen Republik, Afrikaner in Malta sowie Roma in Ungarn, Polen und Griechenland angegeben.

Eine überwältigende Mehrheit der Betroffenen melde Benachteiligungen nicht, so die EU-Grundrechteagentur. Besonders anfällige Gruppen seien sehr häufig auch nicht über ihre Rechte informiert. Mehr als vier von zehn Befragten hätten angegeben, sie glaubten nicht, dass es in ihrem Aufenthaltsland Rechtsvorschriften gegen ethnische Diskriminierung gebe. Zudem halte die Betroffenen auch die Erwartung ab, ihre Meldung werde folgenlos bleiben. – Für die Studie wurden 23.000 Angehörige ethnischer Minderheiten und Zuwanderergruppen in allen 27 EU-Staaten befragt.

Die WELT hat aus erzieherischen Gründen den Kommentarbereich deaktiviert. Schließlich soll die Realität, die wir an [diesem x-beliebigen Polizeibericht](#) bestaunen können, nicht die Studie zerstören. Es bleibt die Frage: „Was wollt ihr alle hier, wenn wir so gemein zu euch sind?“

(Spürnasen: Israel_Hands, Frederik B. und Alex L.)

Das Counterjihad-Manifest



Seit seiner Gründung vor 1400 Jahren führt der

Islam Krieg gegen den Westen. Moslems auf der ganzen Welt betrachten sich selbst noch immer als im Krieg gegen die Nicht-Moslems stehend. Das ist so, weil wir hier nach islamischer Lehre das "Haus des Krieges", des Dar al-Harb sind. Im Westen haben wir verdrängt, dass es diesen Krieg überhaupt gibt. Wir unterliegen stattdessen der Illusion, der Islam sei eine ganz normale Religion unter vielen anderen wie Judentum, Christentum, Hinduismus und Buddhismus.

(Von Baron Bodissey, [Gates of Vienna](#) / Übersetzung: [BPE](#))

Unglücklicherweise handelt es sich beim Islam aber um eine totalitäre politische Herrschaftsideologie, die mit dem Zaumzeug einer primitiven Wüstenreligion zuckersüß kaschierend ihren wahren Charakter verschleiert. Das öffentlich erklärte Ziel islamischer Theologie, als auch der Polit-Ideologie Islam ist es, die ganze Welt unter islamische Herrschaft zu stellen und sie so zum Dar al-Islam, zum „Haus der Unterwerfung“ zu machen.

Die weithin akzeptierte und auf den koranischen Lehren basierende islamische Theologie verlangt ausdrücklich, den Islam mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, inklusive Gewalt und Gemetzel, zu verbreiten, was uns als Jihad oder "Heiliger Krieg" bekannt ist.

Die Tatsache, dass viele Moslems nicht am gewaltsamen Jihad teilnehmen bzw. ihn nicht unterstützen, tut nichts zur Sache. Wenn es nur ein Prozent aller Moslems wären, welche die islamische Verpflichtung zum Jihad ernst nehmen, so bedeutet das, dass mehr als 15 Millionen Moslems uns vernichten möchten, während wir nicht in der Lage sind, vorherzusehen, um welche es sich dabei handelt.

Deshalb vereinigen sich all diejenigen, die sich der totalitären Herrschaftsideologie des Islam und seiner Ausbreitung widersetzen wollen, in einer losen Allianz, die auch Counterjihad (Gegen-Jihad) genannt wird.

Die Ziele des Counterjihad sind folgende:

1. Widerstand leisten gegen die fortschreitende Islamisierung westlicher Länder durch Verhinderung weiterer muslimischer Einwanderung, Ablehnung aller Sonderrechte für Moslems im öffentlichen Raum und in den Institutionen sowie Verbot aufdringlicher Zurschaustellung islamischer Gepflogenheiten.
2. Den Islam mittels Ausweisung aller moslemischen Straftäter und all derer, die sich nicht völlig in die Kultur ihrer Aufnahmeländer einfügen können oder wollen, auf die vorwiegend islamischen Länder eindämmen.
3. Beendigung der Entwicklungshilfe und sonstiger wirtschaftlicher Unterstützung für islamische Länder.
4. Entwicklung eines Graswurzel-Netzwerks, um die herrschenden politischen Eliten in unseren Ländern zu ersetzen, Beseitigung der vorherrschenden Multikulti-Ideologie, welche die Islamisierung fördert und den Zerfall unserer Zivilisation zur Folge haben wird, falls diese nicht beseitigt wird.

Wir sind ein lockerer Zusammenschluss gleichgesinnter Einzelpersonen und Organisationen. Wir teilen die oben genannten Hauptanliegen. Wir sind überparteilich; dennoch sind uns Mitglieder aller demokratischen politischen Parteien willkommen, die unsere Ziele unterstützen und sich für den Erhalt unserer westlichen demokratischen Werteordnung engagieren.

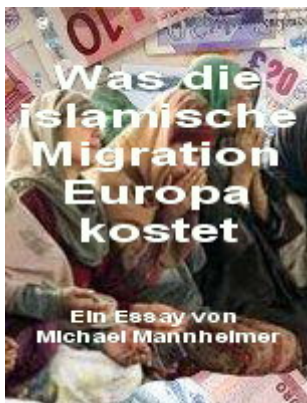
Wir sind Juden, Christen, Buddhisten, Hindus, Sikhs, Baha'i, Agnostiker und Atheisten.

Wir sind aus Argentinien, Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irland, Israel, Italien, Kanada, Kroatien, Litauen, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und den USA.

Wir sind der Counterjihad!



Sozialkosten für Migration in Europa – Schweden



“Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos” heißt ein neues Essay von [Michael Mannheimer](#), das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Kompletversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

Teil 3: Beispiel Schweden

Fast 18 Prozent des jährlichen Steueraufkommens für Migrationskosten

Sozialkosten muslimischer Immigranten

Schwedische Schätzungen gehen davon aus, dass die Einwanderung das Land jedes Jahr mindestens 40 bis 50 Milliarden Schwedische Kronen [ca. 4,3 bis 5,3 Milliarden Euro] kostet, vermutlich jedoch mehrere hundert Milliarden, und dass sie massiv dazu beigetragen hat, den einst weltweit gerühmten schwedischen Sozialstaat an den Rand des Bankrotts zu bringen. Die für 2004 geschätzten Einwanderungskosten in Höhe von 225 Milliarden Kronen [24 Milliarden Euro], was keine unwahrscheinliche Schätzung ist, würden 17,5 Prozent des schwedischen Steueraufkommens desselben Jahres ausmachen, eine schwere Bürde in einem Land, das bereits eine der höchsten Steuerraten der Welt hat. Doch obwohl auch in Schweden gilt, dass die Kosten der Immigration deren Nutzen um ein Vielfaches übersteigen, fordert der sozialdemokratische Finanzminister Pär Nuder weiterhin unverdrossen:

„Schweden braucht mehr Einwanderer“ (Fjordman [„Was kostet die islamische Einwanderung Europa?“](#), 23.06.2006)

angeblich, so Nuder, um das schwedische Sozialsystem zu sichern. Er verschweigt bei seiner Forderung jedoch, dass jenes einstmals vorbildliche schwedische Sozialsystem genau von denjenigen Massen der (überwiegend muslimischen) Immigranten an den Rand des Ruins gefahren wurde, die schwedische Politiker als Rettung des schwedischen Sozialstaatsystems anpreisen.

Muslimische Integrationsverweigerung

Doch für einen gewissen Teil ist auch das großzügige schwedische Sozialstaatmodell für die Probleme mit seinen Migranten selbst verantwortlich. Mit seinen hohen Geldzuweisungen für Arbeitslose und sonstige Sozialleistungsempfänger wird ein nur geringer Anreiz geboten, sich real um Arbeit zu kümmern. So berichtet der Iraner Nima Sanandaji von seinen erstaunlichen Erfahrungen beim Zusammentreffen seiner Familie mit dem schwedischen

Wohlfahrts-System:

„In Schweden fand meine Familie ein politisches System vor, das ihr sehr befremdlich vorkam. Die Übersetzerin sagte uns, dass Schweden ein Land ist, in dem man, wenn man nicht arbeitet, jeden Monat einen Scheck von der Regierung in seinem Briefkasten vorfindet. Sie erklärte, dass kein Grund bestünde, einen Arbeitsplatz zu finden. (...) Obwohl meine Mutter mehrmals Arbeit hatte, fanden wir heraus, dass sich dadurch unser Familieneinkommen nicht verbesserte. Während der 16 Jahre, die wir jetzt in Schweden sind, hat meine Mutter insgesamt weniger als ein Jahr lang gearbeitet.“ (Nima Sanandaji: [„An Immigrant's Tale“](#), in: TSCDAILY, 14.06.2005)

Das soll jedoch die vorherrschende Mentalität vieler Muslime nicht entlasten, sich von Beginn auf die monatlichen Schecks des Sozialsystems allein zu verlassen und sich so um ein ganzes Arbeitsleben zu mogeln. So liegen auch in Schweden Berichte von Imamen vor, die ihre Muslime explizit darauf hinweisen, dass der schwedische Sozialstaat genügend Geld zur Verfügung stellt auch ohne Arbeit – und dass es besser sei, viele Kinder zu zeugen, da allein durch das entsprechend hohe Kindergeld eine Sozialzuwendung entstünde, die ein normaler ungebildeter Muslim in Schweden durch ehrliche Arbeit niemals erzielen könne. Der erwünschte Hauptnebeneffekt tritt quasi en passant ein: irgendwann seien die Muslime derart zahlreich, dass Schweden friedlich übernommen werden könne. Wie die übrigen Länder Europas auch bezahlt Schweden mit seinen Steuergeldern an die muslimischen Migranten quasi seine eigene Kolonisation durch den Islam.

Parallelgesellschaften

Über 20 Stockholmer Vorstädte haben heute bereits einen Migrantenanteil von fast 70 Prozent. Wissenschaftler gehen davon aus, dass in fünf bis spätestens zehn Jahren die Migrantenquote in jenen Vororten bei annähernd 100 Prozent

liegen wird.

Die Stadt Södertälje liegt etwa 40 Kilometer südöstlich von Stockholm und hat 82.000 Einwohner. In Schweden kennt man sie besser unter dem Begriff „Klein-Bagdad“. Södertälje sollte einmal eine Musterstadt für gelungene Integration in Schweden werden. Doch das Gegenteil ist eingetreten. Inzwischen sind bereits über 40 Prozent der Einwohner Södertäljes Migranten – in der Mehrzahl muslimischen Glaubens. Und jede Woche kommen durchschnittlich 30 neue Großfamilien aus dem Bürgerkriegsland Irak hinzu. Je mehr Iraker kommen, desto mehr Schweden ziehen aus Södertälje weg. Anders Lago ist Bürgermeister in Södertälje und verzweifelt über die Flut der neuen Mitbürger. Doch aufhalten kann auch er sie nicht. In Schweden, in Skandinavien und im Rest Europas wiederholen sich die Bilder: In den Städten werden ganze einheimische Bevölkerungen durch „nicht-westliche“ Bevölkerungen ausgetauscht. Wo dies gegen den Willen der eigenen Bevölkerung dient, und insbesondere wo sich die eingetauschten Bevölkerungen kollektiv weigern, sich den Sitten und Gesetzen ihres Gastlandes anzupassen: da kann man nicht weiter von Immigration, sondern muss man von systematischer Kolonisation sprechen.

Massenvergewaltigungen und sonstige Schwerstkriminalität

Zur gleichen Zeit gab es in Schweden im Zuge einer nie dagewesenen Einwanderungswelle einen geradezu explosiven Anstieg jeglicher Form von Gewalt (*Fjordman: [“Steep Rise in Crime”](#), 08.09.2005*). Politisch korrekt wird jener Umstand in Schweden sowohl durch die Politik (Politiker würden nie im Traum eine kausale Verbindung zwischen Einwanderung und Kriminalität herstellen) als auch seitens der Medien totgeschwiegen. In einem der seltenen Fälle von wahrheitsgemäßer Berichterstattung enthüllte das sozialdemokratische (sic!) Boulevardmagazin *Aftonbladet*, dass neun von zehn der kriminellsten ethnischen Gruppierungen Muslime sind – ein Trend, der sich in den anderen europäischen

Metropolen nahezu identisch wiederfindet. (Beispiel Frankreich: dort machen die Muslime „nur“ zehn Prozent der Bevölkerung aus, stellen aber 70 (!) Prozent aller französischen Gefängnis-Insassen).

So hat sich die Zahl der Vergewaltigungen in Schweden in nur wenig mehr als 20 Jahren vervierfacht ([„Immigrant Rape Wave in Sweden“](#), 12.12.2005), wobei Vergewaltigung von Kindern unter 15 Jahren (vor der Immigration ein nahezu unbekanntes Phänomen in Schweden) heute sechs Mal so häufig wie vor nur einer Generation vorkommen. In Schweden ansässige Ausländer aus Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien dominieren die Gruppe der Verdächtigen. Die Rechtsanwältin Christine Hjelm, die Vergewaltigungsfälle an einem Gericht erforscht hat, fand heraus, dass 85 Prozent der verurteilten Vergewaltiger entweder im Ausland oder von ausländischen Eltern geboren worden waren (Hanne Kjöllner: [„En riktig våldtäktsman“](#), in: *OPINION*, 04.11.2005). Das norwegische Blatt Aftenposten zog jetzt mit neuesten Erkenntnissen zu diesem Thema nach. Demnach sind **alle** Vergewaltiger, die in den letzten drei Jahren für Vergewaltigungen angezeigt wurden, Einwanderer mit „nicht-westlichem Hintergrund“ (KRISTJAN MOLSTAD: [„Innvandrere bak alle anmeldte overfallsvoldteker i Oslo“](#), 16.04.2004) – was auch in Schweden die politisch korrekte Umschreibung für muslimische Immigranten ist. In diesem Bericht wird Hanne Kristin Rohde, Chefin der Osloer Polizeisektion für Gewalt und Sittlichkeitsverbrechen, folgendermaßen zitiert:

„Zahlen der Osloer Polizeisektion für Gewalt- und Sittlichkeitsverbrechen zeigen, dass alle 41 angezeigten Überfallsvergewaltigungen von 2006-2008 von nicht-westlichen Tätern begangen wurden... Die Täter sind relativ junge Männer, die aus anderen Ländern kommen. Sie sind häufig Asylbewerber und kommen oft aus traumatisierten Ländern oder Ländern mit einem ganz anderen Frauenbild, als wir in Norwegen haben. Es sind Männer mit kurdischem oder oder afrikanischem Hintergrund, die die Statistik dominieren, und die Polizei

meint, dass mehr vorbeugende Arbeit bei Männern mit Migrationshintergrund nötig ist.“ (ebd.)

Das Opfer



Eines der seltenen Photo-Beweise eines Vergewaltigungsopfers in Schweden. So sah die Schwedin Jenny aus, nachdem sie von Spaziergängern in einem Waldstück gefunden wurde. Sie wurde von vier Muslimen mehrfach vergewaltigt und so oft geschlagen, bis sie bewusstlos liegenblieb. Das Photo wurde unmittelbar nach ihrem Eintreffen im Krankenhaus Göteborgs aufgenommen (Quelle: [Fjordman: „Muslim Rape Wave in Sweden“](#), In: *FRONTPAGEMAG*, December 15, 2005).

Die Täter



Auf dem Foto links sind die vier Vergewaltiger der Schwedin, die von der Presse als „zwei Männer aus Schweden, einer aus Finnland und einer aus Somalia“ vorgestellt wurden und über die nur in einer kleinen Rubrik an hinterer Seite berichtet wurde. Zu Beginn des Prozesses zeigte die Presse keine Fotos der vier Muslime, sondern – politisch korrekt – nur deren Silhouette (die jeweils linke Darstellung) und belog mit ihrer unfassbaren Berichterstattung ihre eigene Bevölkerung über den tatsächlichen Hintergrund der Tat und der

Täter.

Massenvergewaltigung westlicher Mädchen und Frauen durch muslimische Immigranten und/oder deren Nachkommen sind mittlerweile längst zu einem Phänomen nicht nur in Schweden, sondern in weiten Teilen Nord- und Westeuropas, aber auch schon in Australien geworden. Wie immer wird auch dieses Phänomen von denen ignoriert und totgeschwiegen, die sie eingeschleppt haben: den linksorientierten Medien und linksgrünen Politikern. Mehr noch: die wenigen Mutigen, die es dennoch wagen sollten, auf solche Missstände aufmerksam zu machen, werden gnadenlos stigmatisiert und – wenn es sein muss – auch vor Gericht gezerrt. So erhielt der australische Journalist Paul Sheehan eine Anzeige wegen „Rassismus“ und „Anstiftung zum Rassenhass“. Sein Verbrechen: er hatte es gewagt, über Gruppenvergewaltigungen und die auch ansonsten hohe Kriminalitätsrate in den muslimischen Vierteln Sydneys zu berichten. Sogar einer seiner Kollegen, der Journalist David Marr, distanzierte sich von Sheehan und nannte dessen Reportage „schändlich“. Und der Vize-Präsident der australisch-libanesischen Moslemvereinigung bezeichnete es als „ziemlich unfair“, die ethnische Herkunft der Vergewaltiger zu veröffentlichen.

Aber auch die BBC nahm 2004 eine vorgesehene Dokumentation über den sexuellen Missbrauch weißer englischer Mädchen durch pakistanische und andere muslimische Männer aus dem Programm, nachdem die Polizei vor der Gefahr des Anwachsens ethnischer Spannungen gewarnt hatte. Der Sender, so ein Sprecher der BBC, sei sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst (*Open speech: [„Vergewaltigungen durch Migranten. Vergewaltigungsepidemie in westlichen Ländern“](#)*).

Die Rolle des Islam bei den Massenvergewaltigungen

Bei den Massenvergewaltigungen handelt es sich dabei um ein ganz originäres Phänomen des Islam selbst: nämlich dessen Verachtung gegenüber der Frau im allgemeinen, und dessen

Verachtung gegenüber „ungläubigen“ Frauen im speziellen. So ist die Vergewaltigung „ungläubiger“ Frauen eine der ältesten Varianten des islamischen Dschihad. Seit 1400 Jahren wird dieses Mittel systematisch dazu eingesetzt, nicht-muslimische Frauen zu schwängern, um sie dann mit Muslimen zwangszuverheiraten und somit zu islamisieren. Eine Praxis, die bis in die Gegenwart fort dauert in all denjenigen Ländern, in denen eine nennenswerte christliche Diaspora lebt: so etwa in Pakistan, Indien, Nigeria, Ägypten (vgl. hierzu: [Michael Mannheimer: „Weltweite Christenverfolgung durch den Islam“](#)).

Islamische Männer vergewaltigen nicht-muslimische Frauen aus ethnisch-religiösen Gründen und werden dazu explizit seitens ihrer Imame ermuntert, ja sogar aufgefordert. In Sydney etwa erklärte Sheik Faiz Mohammed während eines Vortrages seinen Zuhörern, dass Vergewaltigungsoffer niemand anderen anzuklagen hätten als nur sich selbst. Frauen in knapper Kleidung würden Männer zur Vergewaltigung geradezu einladen. Denn, so der Scheich, westliche Mädchen seien allesamt „Huren und Schlampen“. Ein anderer Islamgelehrter, der ägyptische Gelehrte Sheik Yusaf al-Qaradawi, verkündete 2004 in London, nicht die Vergewaltiger, sondern die Vergewaltigungsoffer müssten bestraft werden, sofern sie sich nicht angemessen gekleidet hätten. Denn, so der Sheik, wer ohne Kopftuch und islamisch korrekte Verhüllung herumliefe, habe seine Vergewaltigung geradezu provoziert, wenn nicht gar gewollt. Auch in Kopenhagen ließ der islamische Mufti Shahid Mehdi verlauten, dass Mädchen, die kein Kopftuch trügen, um eine Vergewaltigung geradezu bitten würden.

Dementsprechend erklären viele Vergewaltiger vor Gericht, dass sie nicht glauben, mit ihrer Vergewaltigung überhaupt ein Verbrechen begangen zu haben. Schließlich habe sich ja jemand um das Mädchen „gekümmert“, und außerdem würden westliche Mädchen es sowieso mit allen Männern treiben. Moslemische Mädchen dagegen wären rein und müssten ihre Jungfräulichkeit auf jeden Fall für ihren zukünftigen Mann bewahren, da sie

sonst Schande über sich und die Familie bringen würden (und dafür mit Tod bezahlen müssen, wie er verschwieg). Die meisten moslemischen Jugendlichen gaben zu, ihre sexuellen Bedürfnisse mit westlichen Mädchen auszuleben, später aber auf jeden Fall eine „reine“ islamische Frau heiraten zu wollen.

„Many immigrant boys have Swedish girlfriends when they are teenagers. But when they get married, they get a proper woman from their own culture who has never been with a boy. That's what I am going to do. I don't have too much respect for Swedish girls. I guess you can say they get fucked to pieces.“ (Frontpage Magazine: [„Muslim Rape Wave in Sweden“](#), 15.12.2005)

Das sind nur einige der symptomatischen Auswüchse des geschichtlich beispiellosen Geschlechterapartheid-Systems namens Islam, jener archaisch-totalitären Männerherrschaft Ewiggestriger, die sich seit 1400 Jahren erfolgreich als Religion tarnt.

Die oben genannten kriminellen, gleichwohl religiös begründeten Auswüchse finden im Rahmen dieses Essays deswegen Erwähnung, weil die islamische Immigration nicht nur materielle, sondern weit mehr als das, ungeheure ideelle Schäden in der gewachsenen, sich auf christlichen und griechisch-römischen Werten gründenden europäischen Kultur und Gesellschaft hinterlässt. Die europäische Aufklärung, die zur Menschenrechtsdeklaration der UN geführt hat, in welcher Gleichheit des Individuums vor dem Gesetz, Gleichheit von Mann und Frau, Meinungs- und Versammlungsfreiheit u.v.m. zu unveräußerlichen Grundrechten eines jeden Menschen erkoren wurde, stellt die vermutlich größte soziale Errungenschaft der bisherigen menschlichen Zivilisation dar. Doch unter dem moralisch fragwürdigen und rechtlich durch nichts gedeckten Hinweis auf eine sog. „Religionsfreiheit“ ist es den linksgrünen Werte-Relativisten (in Zusammenarbeit mit zahlreichen Politikern, Journalisten und sonstigen

Intellektuellen des bürgerlichen Lagers) gelungen, diese Werte in einem Ausmaß zugunsten des Islam und dessen menschen- und frauenfeindlichen Gesetzen auszuhöhlen, wie es vor Jahrzehnten noch für unvorstellbar gehalten worden wäre. Eine jener Werte-Relativierer ist die Osloer Anthropologie-Professorin Unni Wikan. Angesichts der Vergewaltigungswelle durch Muslime in Norwegen rät sie ihren Geschlechtsgenossinnen allen Ernstes, doch bitteschön die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass deren freizügige Art, sich zu bekleiden, von den muslimischen Männern nun mal als provokativ und direkte Aufforderung zum Sex aufgefasst würden. Wikan ist nur eines von zahllosen Beispielen, wie fehlgeleitete akademische Wirrköpfe den Islam bei der Kolonisierung Europas aktiv unterstützen.

» Demnächst Teil 4: Dänemark

Bisher erschienen:

» Teil 1: [Einleitung](#)

» Teil 2: [Die Fakten am Beispiel Norwegen](#)



Lissabon-Abstimmung in Irland – die nächste



Die Iren haben den [Lissabon-Vertrag abgelehnt](#) – das geht natürlich nicht. Deshalb

muss die Volksabstimmung jetzt [wiederholt werden](#), bis die Iren endlich die „richtige“ Meinung haben. Den zweiten Anlauf nimmt die Lissabon-Abstimmung in Irland am 2. Oktober. [Wer dagegen Protestieren möchte](#), dass die EU keine demokratischen Entscheide akzeptiert und dass die Iren zum zweiten Mal über den faktisch gleichen Vertrag abstimmen müssen, kann [hier eine Petition](#) unterschreiben.

Unterstützen Sie die Iren mit Ihrer Unterschrift!

Die irische Bevölkerung wird zum zweiten Mal zu einer Volksabstimmung zum neuen EU-Vertrag aufgerufen. Den Bürgern der anderen EU-Mitgliedsstaaten wurde eine Abstimmung verweigert.

| | |
|-----------|---|
| Vorname: | <input type="text"/> |
| Nachname: | <input type="text"/> |
| Land: | <input type="text" value="Belgien"/> ▼ |
| PLZ: | <input type="text"/> |
| Stadt: | <input type="text"/> |
| E-Mail: | <input type="text"/> |
| | <input type="button" value="Abschicken"/> |

» [Werbung gegen die Lissabon-Abstimmung](#).

(Spürnase: Alster)

Finnland: Asylanten schicken Kinder in Heimat

☒ Eltern, die einst vor der Verfolgung in ihren islamischen Heimatländern im Westen Asyl, Nahrung, ein Zuhause und eine Zukunft fanden, [schicken ihre Kinder in die Ursprungsländer](#) – um sie dem westlichen Einfluß zu entziehen.

Mehr und mehr Zuwanderereltern sind der Meinung, dass ihre Kinder zu westlich aufwachsen und senden diese, teilweise unter Zwang, nach Afrika, Asien oder den Nahen Osten.

Leena-Kaisa Åberg, Chefin der Einwanderungsabteilung beim Finnischen Roten Kreuz bedauert, dass Lehrer und Schulen eher selten nachfragen, wenn ein Kind mit Zuwanderungshintergrund plötzlich nicht mehr zum Unterricht erscheint.

Noch einmal zur Verdeutlichung: diese Eltern haben um den Asylstatus zu erhalten, behauptet in ihren Heimatländern verfolgt zu werden. Dies allerdings hindert sie nicht daran, ihre Kinder in diese Länder zu schicken.